

Attraktivitätssteigerung für den öffentlichen Dienst in Berlin Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) fordert

- die dauerhafte Zahlung einer Attraktivitätszulage von mindestens 150 Euro monatlich

sowie darüber hinaus

- ein Mobilitätsticket in Form eines ÖPNV-Tickets (ABC)

für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Berlin (Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte).

Ferner erwartet der dbb berlin, dass die zukünftigen Tarifergebnisse (Tarifgemeinschaft deutscher Länder - TdL) weiterhin zeit- und volumenhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten mit einem entsprechenden Aufschlag übertragen werden, bis eine Angleichung an die Besoldung der Bundesbeamtinnen und Beamten erreicht ist. Insbesondere dem Bund als "der attraktive Konkurrent" in dieser Region muss daher u.a. durch finanzielle Maßnahmen finanziell entgegengewirkt werden.

Unsere o. g. Maßnahmen wären ein erster Schritt, die Attraktivität für eine Beschäftigung beim Land Berlin dauerhaft zu steigern, um neue hochqualifizierte Beschäftigte zu gewinnen und vorhandene erfahrene, motivierte und daher nicht zu ersetzende Kolleginnen und Kollegen an das Land Berlin zu binden. Dadurch könnte eine Abwanderung zu dem bisher erheblich attraktiveren Dienstherr Bund zumindest finanziell begegnet werden.

Insofern fordert der dbb berlin die Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf, nachdrücklich für die o. g. Forderungen des dbb berlin im Sinne der Attraktivitätsförderung für die Beschäftigten und einer klimafreundlicheren Hauptstadt durch die Gewährung eines Mobilitätstickets zu unterstützen.

Der dbb berlin begrüßt den Vorstoß des Senats, Anreize für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin zu schaffen.

Die Vorschläge, die in der Vorlage (PV PP 0130 B) an den Unterausschuss Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses vom 5. November 2019 gehen in die richtige Richtung. Allerdings reichen diese Vorschläge bei weitem nicht aus, dauerhaft die Beschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin attraktiv zu gestalten.

Berlin, 21. Januar 2020